

Todbringender Beruf

Die Philippinen gehören zu den gefährlichsten Ländern der Welt, um den Beruf des Journalisten auszuüben, und das auch unter der Präsidentschaft von Benigno S. Aquino III, dem Sohn zweier Ikonen philippinischer Demokratie.

Im Jahr 2013 wurden wenigstens zehn Journalisten getötet. Angesichts der Empörung der Medien beschrieb einer der Sprecher Aquinos die Lage als »nicht so ernst«.

»Wenn wir die Zahlen des *Maguindanao-Massakers* mal außen vor lassen, gehören wir keineswegs zu den gefährlichsten Orten der Welt für Journalisten. Das Problem ist nicht so gravierend«, äußerte sich der Sekretär Sonny Coloma in einem Bericht der Zeitung *Philippine Star*. Hierbei nahm er Bezug auf die Ermordung von 58 Personen am 23. November 2009 in der Gemeinde von Ampatuan in der Provinz Maguindanao. Unter den Opfern befanden sich auch 32 Journalisten.

»Folgt man Colomas verquerer Logik und zieht von 157 Morden die 32 Opfer des Massakers ab, so erhalten wir die triviale Zahl von nur 125 Toten«, so konterte die NUJP. »Es kann nicht sein, dass Hunderte von Aktivisten, Umweltschützer, Verfechter von Menschenrechten, Ureinwohner, Rechtsanwälte, Geistlichen und viele andere, deren einziges Vergehen darin bestand, ihre Meinung offen zu äußern, außergerichtlichen Tötungen zum Opfer fallen, ohne dass die Umstände ihres Todes geklärt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.«

NUJP fügte hinzu, dass Colomas Kommentar nur zu deutlich macht, welchen Stellenwert Menschenrechte und freie Meinungsäußerung bei der derzeitigen Regierung haben.

Der internationalen Organisation *Human Rights Watch* (HRW) mit Sitz in New York zufolge waren die Morde »eine nationale Katastrophe«, die eine »Bedrohung der Bürgerrechte« dieses Landes darstellt. *Reporter ohne Grenzen* sowie die Delegation der *Europäischen Union* (EU) für die Philippinen haben die Regierung ebenfalls aufgefordert, einschneidende Maßnahmen zu ergreifen.

Die EU-Delegation erinnerte die philippinische Regierung an eine Resolution des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2012, in der die »Regierung der Philippinen aufgerufen wird, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um der Straffreiheit für außergerichtliche Tötungen, erzwungenes Verschwinden und Folter ein Ende zu setzen«.

Je nachdem, welches Protokoll zugrunde gelegt wird, führen philippinische Medienorganisationen unterschiedliche Zahlen zu Journalistenmorden an. Das *Zentrum für Medienfreiheit und Verantwortung* (CMFR) berichtete im November 2013 von 19 bei der Arbeit ermordeten Journalisten seit Beginn von Aquinos Präsidentschaft im Jahr 2010.

Allein im Jahr 2013, so fügte die Medien-Kontrollinstanz *NUJP* hinzu, gab es 66 Fälle von Bedrohungen, körperlichen Angriffen, illegalen Verhaftungen, Verleumdungsklagen und anderen Arten von Schikanen in den Philippinen, einschließlich der Hauptstadtregion.

von
Maria Salvacion Espina
Varona
(Übersetzt
von Cornelia
Müller)

Die Autorin ist Journalistin und arbeitet als Philippinen-Kampagnenleiterin für Change.org. Von 2004–2006 war sie Vorsitzende des Verbands National Union of Journalists of the Philippines (NUJP).



*Der Journalistenverband NUJP fordert ein Ende der Straflosigkeit und Morde an JournalistInnen und Menschenrechtlerinnen in einer Kundgebung in Manila am 23. April 2010
Foto: E.L. Kotte*